NPD GRUPPE IM STADTRAT DRESDEN

Landeshauptstadt Dresden
Bürgermeisteramt - Stadtratsangelegenheiten

15.1	Sek.	Nr. 85 Vgl		zK	zSt
15.11	15.12			zErl	bR
SR	DB OB	15. MRZ. 2016		WV	
AD	ÄRat			zA	
PetA	HH				
AF					
BM/OS					

CDU	LINKE.	Bü 90	SPD
	FDP/FB	o.F.	

Ersetzungsantrag zum TOP 11

Gegenstand:

Umsetzung Notfallplanung Asylunterbringung im Haushaltsvollzug 2016 (V0917/16)

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Alle Maßnahmen zur Unterbringung und Umsorgung von Asylbewerbern sowie deren Finanzierung werden umgehend eingestellt, bis der Freistaat Sachsen und die Bundesregierung ihren jeweiligen Verpflichtungen zur sofortigen Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und der konsequenten Eindämmung der illegalen Einwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechtes nachkommen.

Begründung:

Es ist nicht Aufgabe der Stadt Dresden, für auf Landes- und vor allem auf Bundesebene gemachte Fehler und deren Auswirkungen die Verantwortung zu übernehmen, weder finanziell, noch gesellschaftlich. Solange die Bundesregierung praktisch tagtäglich Rechts- und Verfassungsbruch begeht, kann jedes einzelne Mitglied dieses Stadtrates von seinem grundgesetzlich verankerten Widerstandsrecht nach Artikel 20 Gebrauch machen. Dort heißt es: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese (verfassungsmäßige) Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." Da die verfassungsmäßige Ordnung, insbesondere in Bezug auf die konsequente Anwendung des Artikel 16a (ausschließlich politische Verfolgte genießen Asylrecht) des Grundgesetzes sowie die Verpflichtung zur Sicherung der Grenzen unseres Landes ganz offensichtlich von Seiten der Bundesregierung nicht mehr gewährleistet werden kann, ist es Aufgabe aller Bürger und erst recht der gewählten Volksvertreter, sich für deren Wiederherstellung mit aller Kraft einzusetzen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Jens Baur
Stadtrat NPD-Gruppe

TEL 0152 – 070 762 10
ePost info@npd-dresden.de
www npd-dresden.de